

# Stadt Braunschweig

## Stellungnahme der Verwaltung

		Fachbereich/Referat	Nummer
		Fachbereich 61	7003/07
zur Anfrage Nr. 584/07 d. Frau/Herrn/Fraktion Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, v. 3. Juli 07		Datum	10. Juli 2007
		Genehmigung	
Überschrift <b>Gefährdung des Braunschweiger Grundwassers durch das Atommüll-Endlager Asse II</b>		Dezernenten	Dez. III
Verteiler	Sitzungstermin		
Rat	17. Juli 07		

Zur Ratssitzung am 17. Juli 2007 bittet die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Verwaltung folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass bei einer Flutung des Atommüll-Endlagers Asse II eine radioaktive Kontaminierung des Grundwassers in Braunschweig und in der Region möglich ist?

### Zu 1.:

**Die Frage kann so nicht seriös beantwortet werden. Informationen und technische Daten zum Forschungsbergwerk Asse II liegen der Verwaltung nicht vor. Die Grundwasserverhältnisse und die speziellen geologischen Verhältnisse im Landkreis Wolfenbüttel sind hier ebenfalls nicht bekannt.**

**Die untere Wasserbehörde der Stadt Braunschweig wird daher die zuständige untere Wasserbehörde des Landkreises Wolfenbüttel um Übermittlung entsprechender Informationen bitten.**

2. Falls ja, was denkt die Verwaltung präventiv zu unternehmen, um gemeinsam mit anderen betroffenen Gebietskörperschaften und im Rahmen der bestehenden regionalen Gremien und Netzwerke (Zweckverband Großraum Braunschweig, Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, Treffen der Hauptverwaltungsbeamten etc.) eine mögliche Kontaminierung des Grundwassers in Braunschweig und der Region zu verhindern?
3. Wird die Verwaltung sich an die zuständigen Stellen auf Bundes- und Landesebene (GSF, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Niedersächsisches Umweltministerium) wenden, um im Interesse der hier lebenden Menschen eine sichere Lösung der bestehenden und drohenden Probleme am Standort Asse II zu erreichen?

### Zu Frage 2 und 3

**Die Verwaltung geht davon aus, dass die für die Fragen und Probleme zuständigen Landes- und Bundesbehörden das Notwendige in ihrer Verantwortung unternehmen.**

I. V.  
gez.

Zwafelink

*Es gilt das gesprochene Wort.*